

Wissenschaftspolitik

„Den Exodus unserer klügsten Köpfe stoppen“

Rede der bildungspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Katherina Reiche MdB**, zum Thema Abwanderung deutscher Nachwuchswissenschaftler und akademischer Spitzenkräften („Braindrain“) am 29.10.2004 im Deutschen Bundestag

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Deutschland ist ein starkes Exportland! Unser teuerster Exportartikel sind kluge Köpfe. Die Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ hat mit einem in Plastik eingeschweißten Gehirn – so zu sagen zum Versand – in vielleicht etwas schockierender Form, aber um so deutlicher auf den Exodus der Klügsten aufmerksam gemacht. Mit diesem Exportartikel verdienen wir kein Geld, sondern er kommt uns teuer zu stehen.

Nur Bundesministerin Bulmahn hält den „Braindrain“ für einen Mythos. Weil nicht kann was nicht sein darf. Wir wollten dem auf den Grund gehen und haben deshalb die Große Anfrage gestellt. Zwar haben Sie laut Antwort auf unsere Große Anfrage keine gesicherten Aussagen über den Umfang dauerhafter oder zeitweiliger Abwanderung deutscher Hochschulabsolventen und Wissenschaftler. Trotzdem verkündeten Sie, es gebe keinen „Brain Drain“. Wie das zusammenpasst, weiß ich nicht.

Studien, auf die Sie sich beziehen, stützen Ihre Thesen keineswegs. Die DFG hat ehemalige Stipendiaten befragt und festgestellt, dass von den vor 10 bis 15 Jahren geförderten deutschen Wissenschaftler 12 bis 14 Prozent heute im Ausland leben, von denen Ende der 90ziger Jahre Geförderten sind es bereits 22 Prozent. Und auch alle anderen Studien, vor allem die Befragungen deutscher Wissenschaftler in den USA, weisen eher auf eine zunehmende Abwanderung hin. Der „Braindrain“ ist trotzdem nicht in erster Linie ein quantitatives, sondern ein qualitatives Problem. Die Besten gehen, und von diesen bleiben noch einmal die Allerbesten weg. Schlag auf Schlag holten in den Jahren 1998 bis 2001 Deutsche Nobelpreise für Physik und Medizin. Alle 4 Laureaten forschen in den USA.

HRK-Präsident Professor Gaethgens beschreibt den Alltag an den Hochschulen mit folgenden Worten: „Wir können die Besten nicht halten.“ Er schätzt, dass es in den USA 400 000 in Europa ausgebildete Akademiker gibt. Professor Bullinger (Kronzeuge der Bundesregierung) von der Fraunhofer-Gesellschaft hat dieselbe Erfahrung: „Wir haben einen hohen Wechsel von Wissenschaftlern in die USA. Schlimm ist nicht, dass die Leute gehen, sondern dass sie nicht wiederkommen.“

Warum geht die Elite? Warum wendet sie Deutschland den Rücken zu? Die Gründe des Weggangs liegen auf der Hand. Es sind die besseren Arbeitsbedingungen. Jede Befragung und jede Studie, ob vom Stifterverband, von berlin-polis oder von wem auch immer, weisen darauf hin. Gerade die Elite sucht die Offenheit, den Leistungswillen, die wertvollen Kontakte, die flacheren Hierarchien und das akademische Reizklima in den USA.

Nobelpreisträger Wolfgang Ketterle bringt es auf den Punkt: „In den USA werden junge Leute systematisch aufgebaut. Wer sich hier bewährt, bekommt eine Stelle. In Deutschland herrscht für junge Forscher zu große Unsicherheit. Das demotiviert.“ Seit 1990 forscht er in den USA und das MIT ermöglichte ihm einen Blitzaufstieg. Als 1997 dann das „Traumangebot“ von der Max-Planck-Gesellschaft in Deutschland kam, war es zu spät.

Das Land von Albert Einstein und Otto Hahn ist heute vor allen Dingen wegen seiner starren Strukturen und des Mangels an Freiheit für Wissenschaft und Forschung kein Magnet mehr. In Deutschland fehlen Dynamik und auch der gewisse Kick, die gesellschaftliche Anerkennung und die Offenheit für herausragende Forschungsleistungen. Dies hat auch gerade Bundeskanzler Schröder bei der Veranstaltung von ACATECH beklagt.

Ich will einige Defizite nennen:

- Die Juniorprofessur ist allenfalls ein Anfang, ein richtiges Tenure-Treck-System, wie in den USA, ist noch lange nicht erreicht.
- Das Besoldungsrecht wird generell der modernen Wissenschaftswelt nicht mehr gerecht. Da hilft auch das reformierte Professorenbesoldungsrecht nicht, insbesondere wenn für die meisten auf Jahre nur ein abgesenktes Grundgehalt realistisch ist.
- Forschung und Lehre sind bei uns zu starr getrennt, das gilt nicht nur für das Wissenschaftssystem selbst, sondern auch für die Wirtschaft. Für den Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft müssen zu viele Hürden überwunden werden.
- Wir pflegen unsere Absolventen zu wenig. Wir bilden sie zwar gut aus, aber dann fragen wir nicht mehr, was sie machen, wo sie hingehen. Dabei müssten wir ein großes Interesse daran haben. Nicht umsonst verfügen wir kaum über Datenmaterial.
- Deutschland wird zudem zunehmend als Technik feindlich wahrgenommen. Vor allen Dingen gelten wir nicht als ein Land, das bei den ganz modernen Forschungsgebieten und Technologieentwicklungen dabei ist. Kein Wunder, wenn die Grüne Gentechnologie weiter blockiert wird, wenn sich Deutschland aus der Kernenergieforschung verabschiedet und den Transrapid nur in Schanghai fahren lässt. Alles nicht neu, aber leider immer noch nicht geändert. „Ideologische Abwehrkämpfe gegen Technik treiben Forscher aus dem Land“ resümiert Siemens-Vorstand Klaus Wucherer.

Und wie reagiert die zuständige Bundesministerin darauf: Wie immer! 1. mit Wirklichkeitsverweigerung - wie gesagt ist sie die einzige in Deutschland, die den „Braindrain“ nicht wahrnimmt. 2. mit PR und 3. mit Diktat.

Ja, es sind tolle Wissenschaftspreise ausgelobt worden. Diese bringen vor allen Dingen immer schöne PR-Termine für die Ministerin, doch leider keine Trendumkehr. Natürlich kommen exzellente Wissenschaftler nach Deutschland, wenn man ihnen mit dem Paul-Preis oder Kovalevskaja-Preis mehr als 1 Mio. Euro für vier Jahre Forschung gibt. Doch nach dem Auslaufen des Stipendiums kehren sie Deutschland wieder den Rücken. Von 14 Paul-Preisträgern blieben nur vier in Deutschland, von den 29 Kovalevskaja-Preisträgern ganze 10. Die Ursache ist klar. Die Preise helfen nur über eine kurze Durststrecke hinweg.

Die Juniorprofessur sollte die Wende bringen und wurde zu einem Lehrstück, wie man einer insgesamt guten Sache mit einer falschen Politik schadet. Es klingt wie Hohn in den Ohren der Nachwuchswissenschaftler, wenn Frau Bulmahn behauptet „Wir bieten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern national herausragende Chancen und rechtlich sichere Arbeitsplätze“. Mit Ihrer „ich weiß es besser, was für euch gut ist“-Haltung haben Sie eines der größten Desaster in der Hochschulpolitik der letzten Jahre angerichtet. Die Botschaft, die im Ausland ankommt, heißt doch klar: In Deutschland ist die Wahlfreiheit eingeschränkt, die Karrieremöglichkeiten sind unsicher, es herrscht ein riesiges Durcheinander. Frau Bulmahn, die Chaostage an den deutschen Hochschulen im Herbst 2004 haben Sie zu verantworten.

Schlimm ist in dem Zusammenhang auch, dass Sie in Ihrer Notreparatur-Novelle wieder die Befristungsregelungen, die sich als völlig untauglich erwiesen haben, eins zu eins in Kraft zu setzen wollen. Sie sind damit Lichtjahre von den Bedürfnissen der deutschen Forschung und vor allen Dingen der Nachwuchswissenschaftler entfernt. Wir stellen Ihnen gerne unseren Gesetzentwurf zur Verfügung.

Der Politikansatz stimmt nicht. Hier sollen irgendwelche symbolträchtigen Elemente isoliert aus dem amerikanischen Hochschulsystem kopiert werden. Die Rechnung kann nicht aufgehen, das Ganze bleibt bei Symbolen stehen. Vielleicht reicht es Ihnen, uns reicht es nicht. Unser Ziel ist, das die besten Wissenschaftler der Welt nach Deutschland kommen, weil sie wissen, bei uns besser voranzukommen und forschen zu können, und das unsere wieder zurückkommen aus demselben Grund. So zitierte der Focus am 10. April diesen Jahres einen 36-jährigen Wissenschaftler: Ihm fehlten in Amerika seine 3 „Fs“: Freunde, Familie und Fußball. Er bleibt trotzdem im Ausland – eben wegen der besseren Bedingungen.

Wir brauchen eine neue Politik, einen anderen Ansatz, insbesondere für die Hochschulen: Die Hochschulen müssen in Zukunft zu 100 Prozent ihre Studenten selbst auswählen dürfen. Wir dürfen ihnen nicht verweigern, ihre finanziellen Mittel für Forschung und Lehre aufzubessern. Frau Bulmahn, Sie haben mit gigantischen Werbeinitiativen viele neue ausländische Studenten nach Deutschland geholt. Ich begrüße das. Wir brauchen den Kontakt zu den jungen Eliten. Aber auch diese Aktion ist nicht zu Ende gedacht. Wie uns am Mittwoch der DAAD-Präsident im Ausschuss erst sagte, liegt die Abbruchquote bei über 50 Prozent. Und realistisch betrachtet hält er eine bessere Betreuung und Heranführung an das Studium für die ausländischen Studierenden nur dann für möglich, wenn Geld über Beiträge eingeworben wird.

Machen wir endlich den Weg frei für eine Stärkung der Hochschulen. Natürlich richtet der Appell sich auch an die Länder, doch hier sind wir im Bundestag, und da müssten Sie, Frau Bulmahn, endlich Ihre Hausaufgaben machen.

Hausaufgaben machen gilt natürlich auch für die Finanzen. Nicht an Ihren Worten, sondern an Ihren Taten werden Sie gemessen. Nachdem Sie den Hochschulbau in den letzten Jahren schon drastisch von rund 1,1 Mrd. Euro auf gut 900 Mio. Euro gekürzt haben, soll er in diesem Jahr wieder um 63 Mio. Euro bluten. Diesmal durch Hintertür, durch eine Sperrung des Titels bis zum Fall der Eigenheimzulage. Das ist keine seriöse Politik. Doch dieser Betrug wird Ihnen auf die Füße fallen.

Ein letzter Punkt: Viele exzellente deutsche Wissenschaftler in den USA haben den Eindruck, dass sie in Deutschland gar nicht erwünscht seien. Niemand kümmert sich um sie, niemand hält den Kontakt. Auf Privatinitiative hat sich nun die GSO, die German Scholars Organisation, gegründet. Deutsche Wissenschaftler im Ausland und die deutsche Industrie haben diese gemeinsam ins Leben gerufen. Sie wollen Kontaktnetze aufbauen und als eine Art Job-Börse für Industrieunternehmen, Forschungsreinrichtungen und Hochschulen fungieren. Wenn es in Deutschland attraktive Stellen gibt, dann sollen es die Wissenschaftler im Ausland auch erfahren. Ich persönlich halte es für notwendig, dass man die zersplitterte deutsche Wissenschaftsvertretung im Ausland bündelt und schlagkräftig macht. Ich fordere Sie auf, Wissenschaftsbotschaften nach dem Vorbild der Schweiz zu etablieren. Doch noch nicht einmal an der GSO gab es Interesse bei der Bundesregierung. Man bedankte sich für die gute Idee – das war es.

Wir sollten jetzt alle Kraft bündeln, die notwendigen Reformen vorantreiben und Nachwuchswissenschaftlern eine Chance in Deutschland bieten. Aus dem „Brain drain“ muss endlich ein „Brain gain“ werden.